

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstützengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 302.

57. Jahrgang.

Freitag, den 30. Dezember

1910.

Wie zur Kenntnis der königlichen Amtshauptmannschaft gekommen ist, werden vielfach unbefugter Weise in die **fließenden Gewässer** des Bezirks Aische, Schutt, Unrat oder andere feste Gegenstände geworfen, wodurch das **Wasser verunreinigt** oder dessen Lauf gestört wird.

Dieses Gebahren ist nach § 167 Ziffer 3 des Wassergesetzes vom 12. März 1909 verboten.

§ 167 Ziffer 3 lautet:

Mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft wird, soweit nicht der § 274 Nr. 2 oder die §§ 305, 321, 322, 324, 326 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich härtere Strafen androhen, bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig 3. Scherben, Glas, Gefäße oder Gefäßteile, Schutt, Unrat oder andere feste, das Wasser erheblich verunreinigende oder dessen Lauf störende Gegenstände oder Tierleichen oder Teile von solchen in fließende Gewässer, Teiche, Brunnen oder sonstige zum öffentlichen Gebrauche bestimmte Wasserbehälter unbefugt wirft.

Die königliche Amtshauptmannschaft bringt dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerkten, daß gegen Zuwiderhandelnde unmissverständlich eingeschritten werden wird.

**Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,**

98 W.

am 24. Dezember 1910.

Fr.

**Land- und Landeskulturrenten, sowie Wasserzins betr.**

Der am 31. Dezember 1910 fällig werdende 4. Land- und Landeskulturrenten-, sowie 4. Wasserzinsstermin auf das Jahr 1910 sind bei Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung bis spätestens zum 3. bez. 15. Januar 1911 an die Stadtsteuer-Einnahme hier zu bezahlen.

Eibenstock, den 28. Dezember 1910.

Der Stadtrat.

Herr.

Bg.

## Ostasien.

Die Dinge in Europa nehmen augenblicklich das öffentliche Interesse so in Anspruch, daß man der Entwicklung der Dinge in ferneren Gegenden keine besondere Aufmerksamkeit zuwendet, obwohl sich da Manches vorbereitet, was für die Zukunft vielleicht von großer Bedeutung sein könnte. Dies gilt namentlich von Ostasien, das über kurz oder lang, nach manchen Anzeichen zu urteilen, in der Weltpolitik eine wichtige Rolle spielen dürfte. In China scheint die Reformpartei auch am Hof endlich mehr Boden zu gewinnen, und es macht den Eindruck, als wenn es diesmal ernst ist und daß es sich nicht bloß um Strohfeuer handelt. Bekanntlich tagt bereits eine Kommission, welche die einleitenden Schritte für eine parlamentarische Verfassung vorbereiten soll. Gut! Ding will Weile haben, und es liegt auf der Hand, daß eine so tief einschneidende Maßnahme, die mit der ganzen bisherigen Tradition bricht, nicht von heute auf morgen ins Werk gesetzt werden kann. Vor allen Dingen darf man nicht vergessen, daß trotz der hohen Intelligenz weiter Kreise in China doch das Gros der Bevölkerung roh und ungebildet und überwiegend für eine parlamentarische Verfassung kaum reif ist. Man tut daher sehr gut daran, die Sache nicht zu überstürzen, und hierin liegt auch eine gewisse Gewähr dafür, daß die Dinge wirklich in Fluß gekommen sind. Auch in China gibt es nämlich Stürmer und Dränger, welche alles mit einem Male und Hals über Kopf verlangen, mit dem Erfolge, daß dadurch die Regierung vor den Kopf gestoßen und die ganze Bewegung aufgehalten wird. Daß den Regierungskreisen allem Anscheine nach wirklich daran gelegen ist, die Verfassung durchzuführen, beweist ein kaiserliches Edikt, wonach ein konstitutionelles Programm, das die Bildung eines verantwortlichen Kabinetts vorzieht, schleunigst ausgearbeitet und dem Thron vorgelegt werden soll. Dieses Edikt kann man als eine kluge Maßnahme bezeichnen, um dem allgemeinen Verlangen nach einem Parlament zu entsprechen, ohne daß der Würde der Regierung zu nahe getreten wird. So erfreulich diese Tatsache ist, so darf man andererseits hierüber nicht vergessen, daß in einigen Provinzen es noch immer unter einem Teil der Bevölkerung bedenklich gärt, dem alles Fremde ein Grauel ist und welcher den Anschluß der Regierung an die Reformbewegung mit Unruhen beantwortet. Das deutet darauf hin, daß sich die Einführung der Reformen keineswegs sehr glatt vollziehen und daß es an inneren Stürmen nicht fehlen wird. Dazu kommt eine weitere Meldung, welche Verwicklungen Chinas nach außen hin befürchten läßt. Nach Petersburger Telegrammen ist eine neuerliche Spannung zwischen Japan und China eingetreten, die zu den wildesten Alarmgerüchten Anlaß gibt. So herrscht beispielsweise in Wladivostok die feste Ueberzeugung, daß der Ausbruch eines Krieges zwischen Japan und China zum Frühjahr zu erwarten sei. Die chinesische Presse bespricht die Lage sehr erregt, während die japanische sich noch zurückhalte. Bei einem eventuellen Konflikt sei China der Hilfe Amerikas sicher. In den letzten Jahren war zwischen Japan und China ersichtlich eine Annäherung zustande gekommen, wohl weniger als Reizung zu einander, wie von der Absicht durchdrungen, die Suprematie in Ostasien der gelben Rasse zu sichern. Indessen haben sich die tiefen Gegensätze zwischen Japaner und Chinesen wohl doch nicht überbrücken lassen, insbesondere hat man in Peking wohl eingesehen, daß Japan schon jetzt so festen Fuß auf dem ostasiatischen Kontinent gefaßt hat, daß es fast einen dominierenden Einfluß einnimmt. Es kann daher den Chinesen kaum etwas daran gelegen sein, für Japan den Schrittmacher herzugeben und hier-

aus resultiert wohl nicht in letzter Linie die eingetretene Spannung. Ob sie freilich zu einer Explosion führen wird, läßt sich heute kaum voraussagen, immerhin aber läßt sich die Gefahr einer derartigen Verwicklung nicht unbedingt von der Hand weisen.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

Von der Kronprinzenreise. Aus Agra, 28. Dezember, wird gemeldet: Seine kaiserliche Hoheit der Kronprinz hat, nachdem die Besuche in den Eingeborenenstaaten beendet sind, den Wunsch geäußert, bei seiner weiteren Reise auf englischem Gebiet von offiziellen Empfängen außer etwa in Kalkutta abzusehen. Daher spielte sich bereits hier der Empfang in den einfachsten Formen ab. Der Kronprinz erschien in Zivil und wurde vom Leutnant-Gouverneur Sewett empfangen. Den Wagen eskortierte eine Schwadron der Royal-Dräger. Der Kronprinz besuchte gleich nach der Ankunft das Fort mit den alten Mogulpalästen und er wird seinen Aufenthalt in Agra benutzen, um die zahlreichen hiesigen geschichtlichen Denkmäler kennen zu lernen.

Die deutsche Kronprinzessin in Oberägypten. Die deutsche Kronprinzessin ist, nachdem sie Assuan am 26. d. Mts. auf dem Raddampfer „Mayflower“ verlassen hatte, in Abusimbel am Mittwoch eingetroffen und hat die Tempelruinen besichtigt.

Die Neuwahlen zum Reichstage dürften voraussichtlich erst Ende Oktober oder Anfang November stattfinden. Daß dieser Termin in Aussicht genommen worden ist, kann nach einer Berliner Korrespondenz als sicher gelten, da die Armee- und Landwehrmänner bereits auf die Aufstellung des Leistungsplans für 1911 in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. November tunlichst keine Reservisten und Landwehrmänner zur Übung einzuziehen. Auch die Bezirkskommandos sind bereits darauf hingewiesen worden, daß die Neuwahlen wahrscheinlich in die Zeit der Kontrollversammlungen, also in den November fallen werden, und die Tage der Reichstagswahl mit Kontrollversammlungen nicht besetzt werden dürfen, da bekanntlich an diesem Tage die Kontrollpflichtigen unter Militärgefeß stehen und sich jeder Kundgebung sozialistischer Art zu enthalten haben.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag. Die Verhandlungen über den deutsch-schwedischen Handelsvertrag werden zu Anfang des nächsten Jahres in Berlin fortgesetzt werden. Zu diesem Zwecke trifft am 8. Januar eine Kommission von Vertretern der schwedischen Regierung dort ein.

### Deutsche Kolonien.

Zum Aufstand in Bona pe. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Bei der Wiedergabe des amtlichen Telegramms, betreffend den Aufstand in Bona pe, ist ein Mißverständnis insofern unterlaufen, als gesagt war, „es herrsche übrigens in Bona pe Ruhe“, während es richtig heißen muß: „es herrsche in dem übrigen Bona pe Ruhe“. Den Namen Dscholadsch führt die kleine, Bona pe nördlich vorgelagerte Insel, auf der die Mordtat passiert ist, sowie die sich südlich anschließende Landschaft auf der Hauptinsel Bona pe selbst. Nach dem Telegramm ist anzunehmen, daß die gesamten Dscholadschleute sich im Aufstand befinden, während in den übrigen fünf Landschaften auf Bona pe die Eingeborenen sich durchaus ruhig verhalten und größtenteils lokale Anhänger der deutschen Regierung sind.

### Frankreich.

Iswoolskis „Mission“. Herr Iswoolski hat für sein neues Amt in Paris keine anderen amtlichen Instruktionen erhalten, als die bei einem Botschafterwechsel üblichen, allein der ehemalige russische Minister des Aeußeren und gegenwärtige Botschafter in Paris hat sich — wie man erzählt — selbst eine „Mission“ zugeteilt, nämlich die: die Fäden des russisch-französischen Bündnisses fester zu knüpfen, damit Frankreich und Rußland in Zukunft in wichtigen europäischen Fragen nicht mehr getrennt marschieren, wie es in der bosnischen Krise geschehen ist, wodurch nach der Ansicht Iswoolskis die ganze Aktion Rußlands zum Scheitern gebracht worden sei. Ob ihm diese Reform des Bündnisses gelingen wird, ist indessen zu bezweifeln. Bereits in der ersten Periode des Bündnisses haben die beiden Mächte sich als militärisch zu schwach erwiesen, um einander im Ernstfalle decken zu können. Frankreich suchte deshalb bei Zeiten sich vermittelst neuer Kombinationen zu decken und kam so auf die Entente mit England. Die Iswoolskische Bündnisreform will nun Frankreich ausschließlich auf die Kooperation mit Rußland anweisen, wodurch Frankreich wesentlich größere militärische Lasten im Interesse Rußlands auferlegt werden, und schon darum dürfte man sich in Frankreich mit dem neuesten Projekte Iswoolskis kaum befreunden.

### Italien.

Prinz Max von Sachsen in Rom. Die römischen Zeitungen beschäftigen sich fortgesetzt mit der Angelegenheit des Prinzen Max von Sachsen. Die „Tribuna“ behauptet, der Prinz habe gestern ohne weitere Erörterung die vom heiligen Dienst aufgesetzte Erklärung unterzeichnet, in welcher er in vollem Umfang seine dogmatischen, geschichtlichen und philosophischen Irrtümer anerkenne. Das Blatt fügt hinzu, der heilige Dienst habe ein Verfahren gegen die Mönche des Klosters Grottaferrata eingeleitet, welche den Artikel des Prinzen in ihrer Zeitschrift „Romane e l'Oriente“ veröffentlichten; es scheint, daß diese Zeitschrift ihr Erscheinen für einige Zeit einstellen werde. — „Giornale d'Italia“ schreibt, der Prinz sei nach Rom gekommen, um sich zu verantworten, aber die Verhandlungen hierüber seien schwieriger gewesen, als man gedacht habe. Der Prinz habe zwei Audienzen beim Papst gehabt. Er habe immer seine Bereitwilligkeit zur Unterwerfung erklärt, aber in Ausdrücken, welche den kirchlichen Behörden nicht genügt hätten. Diese würden indessen infolge des festen Auftretens des Prinzen dessen Erklärung, die von lakonischer Kürze sei, annehmen. Der heilige Stuhl habe es sich vorbehalten, je nach den Umständen den Wortlaut der Erklärung zu veröffentlichen oder nicht. Ein Redakteur des katholischen „Corriere d'Italia“ hat den Versuch gemacht, den Prinzen Max von Sachsen auszufragen, aber dieser habe es abgelehnt, den Herrn zu empfangen, da er mit geistlichen Exorzisten beschäftigt sei und daher nicht über Sachen sprechen könne, die den Gedanken, in welchen er seinen Geist gesammelt habe, ähnlich fern lägen.

### Bulgarien.

Sofia, 28. Dezember. Infolge des Verdachts einer möglichen Vergiftung ordnete der Staatsanwalt die Autopsie der Leiche Pajakows an.

### Amerika.

Die Revolution in Mexiko. Der Regierung von Mexiko ist es noch immer nicht gelungen, die Revolution im Norden des Landes zu unterdrücken. Alle Nachrichten stimmen jetzt darin überein, daß General Navarro in die Verteidigung gedrängt wurde, obgleich die Meldung, daß er in die Gefangenschaft der